

Ergebnisprotokoll

15. Sitzung IT-Planungsrat

<u>Datum:</u> 16. Oktober 2014	<u>Ort:</u> Berlin, Bundesministerium des Innern	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED]	<u>Sitzungsunterlagen:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Finale Tagesordnung • Teilnehmerliste 	

Kategorie A: Einführung

TOP 1 Begrüßung

Die Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] begrüßt die Mitglieder und ständigen Teilnehmer zur 15. Sitzung und weist auf den Vorsitzwechsel im kommenden Jahr an das Land Berlin hin.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wird der vorliegende Entwurf des Ergebnisprotokolls der 14. Sitzung mit den hierzu vorab eingebrachten Änderungen bestätigt.

Ergänzungen zur vorab versandten Tagesordnung werden nicht vorgenommen. Die Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 5, 6, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 19, 24, 26 und 27 der Grünen Liste werden im Block bestätigt.

Kategorie B: Schwerpunktthemen

TOP 2 Programm Digitale Agenda

[REDACTED] weist auf den Kabinettsbeschluss vom 20. August 2014 hin und stellt die wesentlichen Ziele und Kernthemen der Digitalen Agenda für Deutschland vor. Mit Blick auf die geäußerte Kritik einiger Länder an der Beteiligung in der Erstellungsphase weist sie darauf hin, dass die Digitale Agenda in Umsetzung des Koaliti-

onsvertrags der Bundesregierung entstanden sei. Sie sei aber nicht der Abschluss des Engagements in der Digitalisierung, sondern vielmehr ein erster Meilenstein für den nun folgenden Prozess der kommenden Jahre. Die konkrete Umsetzung könne nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen bewerkstelligt werden; hierfür gebe es Spielräume, bei denen der IT-Planungsrat gefragt sei.

[REDACTED]

[REDACTED]

TOP 3	Programm Digitale Verwaltung 2020
--------------	--

[REDACTED] betont, dass das Programm „Digitale Verwaltung 2020“ Teil der Digitalen Agenda sei und dieses auf Basis des E-Government-Gesetzes des Bundes deutlich konkretisiere. Hierzu verweist sie auf die im Regierungsprogramm genannten Projekte. Viele Komponenten würden gemeinsam zwischen den Ressorts entwickelt und bereitgestellt. Ein eigens hierfür einzurichtender Staatssekretärsausschuss werde die Arbeiten koordinieren. Erste Komponenten seien die E-Akte, eine Vergabeplattform und eine E-Rechnungsplattform. Weitere Lösungen wie die zentrale Einrichtung eines De-Mail-Gateways sollen auf Bundesebene für alle Ressorts erfolgen. Eine enge Abstimmung

mung mit den Ländern sei dabei selbstverständlich und notwendig. Sie dankt dem Land Berlin für die vorgelegte Zusammenstellung der Gesetze bzw. der Gesetzgebungsvorhaben in den Ländern. Bund und Länder sollten hier noch besser koordiniert vorgehen. Dabei gehe es nicht darum, in die Souveränität der Länder einzugreifen. Vielmehr solle ein gemeinsames Verständnis erarbeitet werden, damit die Gesetze von Bund und Ländern kompatibel zueinander würden. Dies erleichtere die Umsetzung und mache es Bürgerinnen und Bürgern bzw. Unternehmen leichter, mit staatlichen Stellen zu kommunizieren. Sie sehe die Aufgabe des IT-Planungsrats darin, hierbei Erleichterungen in der Umsetzung zu schaffen.

Auf Nachfrage von [REDACTED] erläutert [REDACTED], dass das E-Government-Gesetz des Bundes eine Evaluation innerhalb von fünf Jahren vorsieht.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

TOP 4	Föderale IT-Kooperation (FITKO)
--------------	--

[Redacted content]

Beschluss 2014/22

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Föderale IT-Kooperation“ zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat stellt auf der Grundlage der Analyse des Berichts fest, dass zur wirksamen Erfüllung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktionen des IT-Staatsvertrags eine Bündelung der bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen und Strukturen geboten ist, um zunächst folgende Aufgaben wahrzunehmen:
 - föderale IT-Strategie
 - Standardisierung und Architekturmanagement
 - strategisches Bedarfsmanagement
 - Projekt- und Anwendungsmanagement

Weitere im Bericht dargelegte Aufgaben sollen stufenweise übertragen werden.

3. Der IT-Planungsrat bittet die Arbeitsgruppe auf Grundlage von Nr. 2 zu seiner 16. Sitzung
 - einen Organisationsvorschlag zu entwickeln. Dabei sollen insbesondere bestehende Modelle der Bund-Länder-Kooperation auf ihre Geeignetheit überprüft werden;
 - hierfür eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorzulegen;
 - ein Umsetzungskonzept inklusive Meilensteinplanung und mittelfristiger gemeinschaftlicher Finanzplanung vorzulegen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie D: Maßnahmen des IT-Planungsrats
TOP 8 Steuerungsprojekt „Föderales Informationsmanagement“ (FIM)

[REDACTED] stellt kurz die aktuellen Aktivitäten im Projekt FIM vor und hebt hervor, dass es notwendig sei, bereits jetzt einen Beschluss für 2016 zu fassen, um dem Projekt Planungssicherheit zu geben. Mit FIM seien zentrale Aufgabenstellungen des IT-Planungsrats adressiert, beispielsweise solle im Rahmen des Programms Digitale Verwaltung 2020 eine Bundesredaktion eingerichtet werden. Daher sei es wichtig, jetzt den vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss zu fassen.

[REDACTED] bekräftigt das Anliegen. Mit der Überführung des Projekts in eine Anwendung werde auch die Standardisierung in sinnvoller Art und Weise vorangetrieben, ohne dabei schädlichen Einfluss auf die Kompetenzen der Länder und Kommunen zu nehmen. Er appelliert an die Mitglieder, trotz möglicher finanzieller Bedenken, einen Beschluss in möglichst breitem Konsens zu fassen.

[REDACTED] führt aus, dass er die ersten beiden Bausteine „Leistungskatalog“ und „Formulare“ ohne weiteres mittragen könne. Der dritte Baustein „Prozesse“ sei für Bayern jedoch nicht akzeptabel. Überdies kritisiert er die vorgeschlagene Ziffer 3 des vorgelegten Beschlusstextes:

„Der IT-Planungsrat bittet den Nationalen Normenkontrollrat die Möglichkeiten eines breiten Einsatzes der FIM-Methodik zur standardisierten und vollzugsorientierten Beschreibung von Verwaltungsverfahren bei Regelungsvorhaben des Bundes zu prüfen.“

Dies sei aus seiner Sicht ein nicht tragbarer Eingriff des Nationalen Kontrollrats in Länderbefugnisse.

[REDACTED] unterstützt das Vorhaben FIM und den vorgelegten Beschlussvorschlag. Besonders weist er auf das Prinzip der Freiwilligkeit bei FIM hin. Allgemein habe er aber die Sorge, dass bei der Ausgestaltung der Gesetze Verwaltungsverfahren bereits zu weitgehend festgelegt werden könnten. Bei der Weiterentwicklung von FIM müssten die Belange der kommunalen Selbstverwaltung weiterhin beachtet werden.

In der Diskussion heben etliche Teilnehmer den Baustein „Prozesse“ als essentiellen Bestandteil des Vorhabens FIM hervor und sprechen sich gegen dessen Herauslösung aus dem Gesamtkontext aus. Weiter wird hervorgehoben, dass Ziffer 3 des vorgelegten Beschlussvorschlages lediglich das bestehende Mandat des Nationalen Normenkontrollrats bei der Umsetzung von Bundesrecht auch in Ländern und Kommunen abbilde und daher keine Ausweitung von dessen Kompetenzen impliziere.

Als Kompromiss wird auf die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages verzichtet.

Protokollnotiz Bayern:

Der Freistaat Bayern geht davon aus, dass die Länder weder verpflichtet sind, Stammprozesse des Bundes zu nutzen noch eigene Prozesse einzustellen.

Beschluss 2014/26

1. Der IT-Planungsrat nimmt den aktuellen Projektstand des Vorhabens Föderales Informationsmanagement (FIM) zur Kenntnis. Er stellt fest, dass die erarbeiteten Konzepte sowie deren erste Anwendung einen Bedarf für die vorgesehene Festlegung und Anwendung gemeinsamer Standards auf allen Verwaltungsebenen aufzeigen und den Nutzen einer Zusammenarbeit verdeutlichen.
2. Der IT-Planungsrat beauftragt Sachsen-Anhalt und den Bund, die Überführung des Projekts FIM in eine Anwendung des IT-Planungsrates zum 1. Januar 2016 auf der Grundlage des Szenarios FIM-Bedarf 2a gemäß Grobkonzept FIM-Föederal vorzubereiten. Notwendig für einen größtmöglichen Nutzen von FIM ist der Aufbau und Betrieb von Bundes- und Landesredaktionen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 11
Standardisierungsagenda des IT-Planungsrats

[REDACTED] sei eine gute Entwicklung erkennbar, es sei aber nun notwendig, eine noch deutlichere „Handschrift“ zu entwickeln, da die KoSIT für ihre weitere Arbeit aktualisierte Handlungsgrundlagen zum effektiveren Wirken für den IT-Planungsrat brauche. [REDACTED] unterstreicht die Notwendigkeit, für die Aufnahme neuer Standards ein geregeltes Verfahren zu entwickeln und für die Standardisierungsvorhaben die Controllingstrukturen weiter zu optimieren. [REDACTED] regt an, nach einer Diskussion in der AL-Vorbesprechung zur nächsten Sitzung des IT-Planungsrats Verbesserungsvorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss 2014/29

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Fortschrittsbericht zur Standardisierungsagenda zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat beschließt die fortgeschriebene Fassung der Standardisierungsagenda.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 28
Richtlinie öffentliche Aufträge in der Cloud

[REDACTED] dankt den Ländern, die sich über ihre IT-Dienstleister in das vorgelegte gemeinsame Papier eingebracht haben. Sie verweist auf die breite Diskussion auch in der Fachöffentlichkeit und auf EU-Ebene. Cloud-Computing sei ein wichtiges Zukunftsthema mit enormem Potential auch für die Verwaltung. Rheinland-Pfalz habe in einem Pilotprojekt gute Erfahrungen gemacht und erhebliche Einsparungen erzielen können. Private Clouds sollten zur Wahrung der Sicherheit durch das BSI zertifiziert werden. Sie kritisiert, dass der IT-Planungsrat sich in diesem Bereich zu wenig engagiere und äußert den Wunsch, das vorliegende Papier als Grundlage für die weitere Arbeit zu nutzen.

Die Vertreterin von Rheinland-Pfalz kündigt für den 20. November ein Koordinierungsgespräch in Mainz an.

█ stellt klar, dass er dem Beschluss zustimme, damit jedoch keine vollinhaltliche Zustimmung zum vorliegenden Papier erkläre. Hierzu bestehe in einzelnen Punkten noch Diskussionsbedarf.

Beschluss 2014/41

1. Der IT-Planungsrat nimmt den vorgelegten Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Er bittet die Länder Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern und den Bund, dem IT-Planungsrat zur 16. Sitzung einen mit den Ländern abgestimmten Bericht zum weiteren Vorgehen vorzulegen und hierbei sowohl die "Richtlinienempfehlung für die Ausschreibung, die Vergabe und den Betrieb von öffentlichen Aufträgen in der Cloud" der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Datenzentralen der Bundesländer als auch die "Orientierungshilfe Cloud Computing" der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder einzubeziehen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie E: Grundlagen des IT-Planungsrats

TOP 16	Finanzplan 2015
---------------	------------------------

█
 █
 █
 █
 █
 █
 █
 █

[Redacted text block containing multiple paragraphs of blacked-out content]

[Redacted text]

Beschluss 2014/34	
1. Der IT-Planungsrat beschließt den Finanzplan des IT-Planungsrats für 2015.	
2. Der IT-Planungsrat nimmt die Bedarfsanmeldungen des Finanzplans für 2016 zur Kenntnis. Der Beschluss des Finanzplans für 2016 soll in der Herbstsitzung 2015 des IT-Planungsrats erfolgen.	

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 17	Aktionsplan des IT-Planungsrats
---------------	--

[Redacted text]

[REDACTED]

Beschluss 2014/35

Der IT-Planungsrat beschließt den Aktionsplan für das Jahr 2015

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
15	0	2 [REDACTED]

[REDACTED]

TOP 18

Bericht des IT-Planungsrats für die Besprechung ChefBK/CdS

[REDACTED] weist darauf hin, dass die Geschäftsstelle eine redaktionelle Änderung vornehmen wird im Hinblick auf den Umstand, dass das Vorhaben „115 App“ aufgrund der Beschlussfassung zu TOP 17 nicht mehr als Steuerungsprojekt zur Zuweisung vorgeschlagen werde.

Beschluss 2014/36

1. Der IT-Planungsrat nimmt den vorgelegten Bericht für die Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat empfiehlt dem Chef des Bundeskanzleramtes und den Chefinnen und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien folgenden Beschluss:

Der Chef des Bundeskanzleramtes und die Chefinnen und die Chefs der

Staats- und Senatskanzleien der Länder nehmen den Bericht des IT-Planungsrats zur Kenntnis.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorien F: Grüne Liste (Ohne Aussprache)

TOP 5 Anschlussbedingungen Verbindungsnetz

Beschluss 2014/23

Der IT-Planungsrat bittet den Bund und die Länder Berlin, Bayern, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, in einer Arbeitsgruppe auf Ebene der Abteilungsleitungen bis zur Vorbesprechung der 16. Sitzung des IT-Planungsrats einen Vorschlag für die Anschlussbedingungen des Verbindungsnetzes vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe Informationssicherheit und das Arbeitsgremium Verbindungsnetz werden gebeten, bis zum 30. November 2014 vorbereitend Streitstand und Lösungsmöglichkeiten vorzulegen, insbesondere zu den Themen BSI-Zertifizierung, Geltungsbereich, Umsetzungszeitraum, Schutzbedarf, Anschluss von Privaten und Angriffserkennung.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 6	Weiterentwicklung des Verbindungsnetzes
--------------	--

Beschluss 2014/24

1. Der IT-Planungsrat bittet das Arbeitsgremium Verbindungsnetz und den Bund, für den Datenaustausch zwischen Ländern (einschließlich Kommunen) ohne Beteiligung des Bundes gemeinsam eine tragfähige Position zur Umsetzung des § 3 IT-NetzG zu erarbeiten.

2. Der IT Planungsrat bittet den Lenkungsausschuss „Governikus“ zu prüfen, ob die Anwendung „Governikus“ um Komponenten eines Sicherheitsgateways erweitert werden kann, dass der sichere Betrieb der OSCI-Intermediäre sowohl in verwaltungseigenen Netzen als auch im Internet gewährleistet ist.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 9	Erprobungsräume als Instrument des IT-Planungsrats
--------------	---

Beschluss 2014/27

1. Der IT-Planungsrat begrüßt das Konzept der Erprobungsräume.

2. Er empfiehlt den Einsatz dieses Konzepts als Instrument zur Erprobung der Praxis-tauglichkeit bei Gemeinschaftsprojekten und insbesondere bei Koordinierungs- und Steuerungsprojekten. Das Konzept und die Ansprechpartner der Erprobungsräume werden auf der Seite des IT-Planungsrates veröffentlicht.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz Nordrhein-Westfalen:

Nordrhein-Westfalen weist darauf hin, dass aus Sicht des Landes NRW keine Bedenken gegen das Konzept der Erprobungsräume bestehen. Dabei wird jedoch davon ausgegangen, dass die Kosten ausschließlich von den Beteiligten getragen werden.

TOP 10	Grobkonzept zur Flächendeckung 115
---------------	---

Beschluss 2014/28

Der IT-Planungsrat bittet zur 115-Flächendeckung um Vorlage eines Feinkonzepts zu seiner 17. Sitzung.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz Hessen:

Die Erstellung des Feinkonzepts erfolgt durch eine Arbeitsgruppe aus GK 115 und Teilnehmern von Bund, Länder und Kommunen aus dem 115-Verbund.

Protokollnotiz Bayern:

Der Freistaat Bayern bezieht den im Beschluss verwendeten Begriff „Flächendeckung“ lediglich auf die Länder, welche bereits dem D115-Verbund angehören.

Protokollnotiz Sachsen:

Der Freistaat Sachsen bietet an, aktiv an der Erstellung des Feinkonzeptes mitzuwirken und seine Erfahrungen einfließen zu lassen und stellt sich als Pilot für die flächendeckende Einführung der 115 zur Verfügung.

TOP 12	XVergabe als nationaler Standard
---------------	---

Beschluss 2014/30

1. Der IT Planungsrat bittet das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern das Standardisierungsprojekt XVergabe so weiter zu entwickeln, dass in der 16. Sitzung des IT-Planungsrats ein verbindlicher Standard nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Vertrages über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern (IT-Staatsvertrag) beschlossen werden kann.
2. Er bittet die Koordinierungsstelle für IT-Standards, das Beschaffungsamt bezüglich der für die Beschlussfassung erforderlichen Schritte zu unterstützen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 13	Evaluierung Kieler Beschlüsse
---------------	--------------------------------------

Beschluss 2014/31

1. Der IT-Planungsrat nimmt das „Gutachten Evaluierung der Kieler Beschlüsse II“ sowie den „Leitfaden zur Gestaltung vertraglicher Software-Kooperationen“ zur Kenntnis und empfiehlt deren Anwendung.
2. Angesichts der stetig wachsenden Bedeutung von IT-Kooperationen im öffentlichen Bereich bittet der IT-Planungsrat den Bund, das Gutachten und den Leitfaden in die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinie 2014/24EU einzubeziehen.
3. In einer dreijährigen Erprobungsphase des Gutachtens und des Leitfadens wird der IT-Planungsrat prüfen, ob an der Einrichtung eines zentralen interaktiven In-

formationsangebots sowie an einer Neufassung der Kieler Beschlüsse Bedarf besteht.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 14

Maßnahme „IT- und E-Government-Ausbildung von Fach- und Führungskräften der Verwaltung (E-Ausbildung)“

Beschluss 2014/32

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „E-Ausbildung“ zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat beschließt die Fortführung der Maßnahme unter der neuen Bezeichnung „E-Government-Kompetenz von Fach- und Führungskräften in der Verwaltung (E-Government-Kompetenz)“ und bittet die Federführer, zur 18. Sitzung erneut zu berichten.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 15

Gemeinschaftsstand des IT-Planungsrats bei der CeBIT 2016 ff.

Beschluss 2014/33

Der IT-Planungsrat nimmt das vorgelegte Grobkonzept zur Kenntnis und bittet um erneute Evaluierung nach der CeBIT 2015.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 19
Regelung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats
Beschluss 2014/37

Der IT-Planungsrat beschließt die vorgelegte Regelung zum Betrieb und zur Weiterentwicklung der Anwendungen des IT-Planungsrats.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 24
Umsetzung Leitlinie Informationssicherheit
Beschluss 2014/38

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Informationssicherheit zur Kenntnis.
2. Die Arbeitsgruppe Informationssicherheit wird gebeten, dem IT-Planungsrat im Jahr 2015 zu seiner 17. Sitzung erneut zum Umsetzungsstand der Leitlinie für Informationssicherheit zu berichten.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 26 Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE)
Beschluss 2014/39

Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Lenkungsgremiums Geodateninfrastruktur Deutschland (LG GDI-DE) zur Kenntnis.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

TOP 27 Maßnahme „Optimierung der Informations- und Kommunikationsbeziehungen des IT-Planungsrats - OptIK II“
Beschluss 2014/40

Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht zur Erfassung der Unterstützungsstrukturen und die Zusammenfassung zum Sachstand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Gutachtens zur Optimierung seiner Informations- und Kommunikationsbeziehungen zur Kenntnis und dankt der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

